

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Amstliches Kreisblatt für den Kreis Grevenbroich-Neuß

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint wochentlich — Dazu Wochenblatt „N.N.S.“
Sonntag, „Illustrierte Heimat und Welt“, „Katholische Kirchenzeitung“, „Unterhaltung und Wissen“, „Ernährung und Landwirtschaft“, „Die Frau und ihr Heim“.

Eigener Redaktions-Apparat.

Der Bezugspreis beträgt RM. 1,50 monatlich und 16 Mk. vierteljährlich.



Meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Anzeigenpreis: 1 mm Höhe der 27 mm breiten Anzeigenzeile 12 Pfennig, 100 Familienanzeigen, Stellengesuche bei sofortiger Bezahlung 10 Pf. Lokale Anzeigen 10 Pf. Reklamen 1 mm Höhe 94 mm Breite 60 Pfennig. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Neuß Nr. 2553, Redaktion Nr. 2553. Zweigstelle Grevenbroich Nr. 2554. Hauptgeschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46, Zweigstelle Grevenbroich, Bahnhofstraße 84. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto Köln 41 802.

Nr. 47

Hauptredaktion:
Dr. Heinrich Staab

Neuß, Freitag, 17. Februar 1933 (Donatus)

Rotationsdruck und Verlag
Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß 60. Jahrgang

Anträge und Erklärungen.

Proteste im Reichsrat.

Mehrheit beschließt, bis zum Staatsgerichtshofsurteil nur dringende Fragen zu beantworten. — Nur einig in der Trauer um Neuntürken.

Berlin. Der Reichsrat nahm gestern einen Antrag der süddeutschen Länder, sich bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs zu vertragen, mit 39 gegen 26 Stimmen an. Dafür stimmten die Länder Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Hamburg, Bremen, Lübeck, Schaumburg-Lippe und die preussischen Provinzen Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau, Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Sachsen, Berlin. Oberschlesien enthielt sich der Stimme.

Eine weitergehende gemeinsame Formel für die Rechtsverwahrung gegen die Vertretung Preußens durch die kommissarische Regierung wurde dagegen nicht erzielt. Die Sitzung leitete Reichsminister Dr. Frick.

Der Vertreter Bayerns gab einleitend eine Erklärung ab: Der Reichsrat ist eine bundesmäßige Einrichtung zur Wahrung des Anteils der Länder an der gesetzgebenden Verwaltung des Reiches. Deshalb muß die Stimmführung der Länder von der Reichsgewalt unabhängig sein. Die Beteiligung von Reichskommissaren widerspricht dem Grundbauplan des Reiches. Jedes deutsche Land ist berechtigt, die Einhaltung der verfassungsmäßigen Zusammenfassung des Reichsrats zu verlangen. Die bayerische Regierung lehne eine Einmischung in innerpreussische Angelegenheiten ab, lege aber gegen die Beteiligung des Reichskommissars an der Beratung Rechtsverwahrung ein.

Der Vertreter Badens gab sodann eine ähnlich lautende Erklärung ab.

Namens sieben preussischer Provinzen, Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau, Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Oberschlesien und Sachsen erklärte der Vertreter der Rheinprovinz, Dr. Hamacher: Der Staatsgerichtshof habe in der Begründung seiner bekannten Entscheidung erklärt, die Einrichtung des Reichsrats ziele darauf hin, eine Gewähr für die gebührende Berücksichtigung der Belange der Länder neben denen des Reiches zu geben. Reichskommissare seien Organe des Reiches und könnten daher das Land nicht im Reichsrat vertreten.

Redner protestierte dagegen, daß Reichskommissare für das Land Preußen erschienen seien. Er wiederholte die Erklärung vom 2. August 1932, daß die Zusammenfassung des Reichsrats nicht durch Akte eines Reichskommissars verändert werden können. Man habe einen neuen 20. Juni geschaffen, nachdem mehr als einmal der Beweis erbracht wurde, daß der Sprecher der preussischen Volksregierung von dem deutschen Volk getrennt wurde, zwischen Preußen und der Reichsregierung einen Riß zu schaffen. Man wolle eine vollendete Tatsache für den Staatsgerichtshof schaffen. Sollten solche Absichten bestehen, so lege er schärfste Rechtsverwahrung ein. Weil es sich in dieser Sitzung um die Wahrung der Verfassung handle, machten die Provinzen von den Rechtsmitteln Gebrauch, die sie nach ihrer Ueberzeugung haben.

Darum gebe er seine Erklärung nicht nur namens der genannten Provinzen, sondern auch namens der preussischen Staatsminister ab. Diese hätten ihn durch besondere Vollmachten, die er hiermit überreiche, zu ihrer Vertretung im Reichsrat ermächtigt. Bei Abstimmungen würde er das Stimmrecht für die preussischen Staatsminister ausüben. Ob diese Stimme gültig sei oder nicht, werde der Staatsgerichtshof entscheiden. Eine Sitzung, bei der Reichskommissare der preussischen Regierung Stimmen abgeben, würde in jedem Falle ungültig sein.

Der heftigste Vertreter schloß sich der Rechtsverwahrung des Landes Baden an. Reichsminister Dr. Frick erklärte, für die Reichsregierung sei einzig und allein die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Februar maßgebend.

Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten stellte Baden namens der Länder Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Hamburg, Bremen und Lübeck den Antrag, die Beratungen des Reichsrats auf besonders dringliche

Fälle zu beschränken und im Protokoll das Stimmverhalten festzulegen.

Die Thüringische Regierung ließ erklären, daß sie die Lage, wie sie die Reichsregierung Preußen gegenüber geschaffen habe, anerkenne und die preussische Kommissariatsregierung als durch den Reichspräsidenten rechtmäßig eingesetzt betrachte. Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Lippe, Braunschweig, Mecklenburg-Strelitz und Anhalt schlossen sich dieser Erklärung an.

Das Land Sachsen ließ erklären, daß sich die sächsische Regierung zu dem badischen Antrag bekenne. Sie sei aber nicht in der Lage, Stellung zu nehmen für die von Bayern und Baden ausgesprochene Rechtsverwahrung. Ebeniwenig könne sie sich der thüringischen Erklärung anschließen. Der Vertreter der Provinz Schleswig-Holstein erklärte, er halte es für dringend notwendig, daß der Reichsrat aktionsfähig bleibe. Er dürfe sich gerade heute nicht ausbilden.

Reichsminister Dr. Frick erwiderte Dr. Hamacher: Zu dessen Erklärung stelle er fest, daß selbstverständlich allein die Vertretung der derzeitigen kommissarischen Regierung maßgebend sei. Dr. Hamacher könne einen Protest dagegen zu Protokoll geben. Aber die Vertreter Preußens seien anwesend und würden sich als solche auch an einer Abstimmung beteiligen. Sie seien nach der Verordnung des Reichspräsidenten die allein rechtmäßige Vertretung Preußens.

Dr. Hamacher legte gegen diese Erklärung Protest ein, und die Vertreter der preussischen Provinzen Hessen-Nassau, Sachsen, Westfalen und Grenzmark schlossen sich an.

Der Vertreter Bayerns erklärte, Bayern sei unerschrocken seiner juristischen Haltung, über deren Fragen der Staatsgerichtshof angerufen sei, der Auffassung, daß in der Zwischenzeit eine Vertretung der preussischen Volksregierung Braun im Reichsrat nicht gut möglich sei.

Darauf wurde der badische Antrag, daß der Reichsrat sich bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs auf besonders dringliche Gegenstände beschränken solle, mit der oben erwähnten Mehrheit angenommen.

Auf Antrag Dr. Hamachers wurden die zu dieser Angelegenheit abgegebenen Erklärungen dem Verfassungskommissionen übergeben.

Reichsminister Dr. Frick gedachte sodann des schweren Unglücks in Neuntürken, während sich die Reichsratsmitglieder von ihren Sitzen erhoben. Er gab namens des Reichsrats die Versicherung ab, daß das gesamte Deutschland hinter den Volksgenossen im Saargebiet stehe und ihnen mit allen Kräften helfen werde. Der Reichsrat stimme dem dem Vorschlag des Reichsministers zu, dem Reichspräsidenten die Wiederernennung des früheren Reichsarbeitsministers Dr. Schrup zum Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vorzuschlagen. Nach einigen kleineren Vorlagen verabschiedete sich der Reichsrat.

Die Reisenden Moskaus.

Auch Schweden greift durch.

Stockholm, 17. Febr. Der Sekretär der englischen kommunistischen Partei, James Andrew Jenkins, wurde hier festgenommen, als er gerade die Stadt verlassen wollte. Dokumente, die bei Jenkins gefunden wurden, sollen derart verdächtig sein, daß die Polizei ihn aus Schweden ausweist. Er soll während der letzten Monate Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland wiederholt besucht und auch verschiedene Abscheer nach Rußland gemacht haben. Seit einigen Wochen ist Jenkins beziehungsweise bei der Stockholmser sowjetrussischen Handelsvertretung beglaubigt.

APD-Vokal in Berlin geschlossen.

Berlin. Dienstag abend hat der Polizeipräsident das Vokal, Fürstenwalder Straße 1 geschlossen. Die Gastwirtschaft ist ein kommunistisches Parteilokal und war wiederholt Ausgangspunkt politischer Ausschreitungen.

Die Spekulation auf politisches Renegatentum.

Es gibt in Berlin eine nationalsozialistische Unterorganisation, die sich den schönen und unverfänglichen Titel „Katholische Vereinigung für nationale Politik“ beigelegt hat. Diese Leute waren größtenteils einmal Anhänger der DNVP, sind jetzt aber fast sämtlich Hitlerianer. Deshalb haben im vorigen Jahre, als Goebbels den Kampf gegen die deutschnationale Presse proklamierte, z. B. die „Scherblätter von den — übrigens recht wenig bedeutenden — Veranstaltungen der Vereinigung eine Zeit lang einfach keine Notiz genommen.

Diese Vereinigung also, oder vielmehr die von ihr eingerichtete „Abwehrstelle gegen Kirchenmißbrauch“ (!) bezieht nun die Freiheit, in den Wahlkampf mit einem eigenen Aufruf „an die deutschen Katholiken“ eingreifen zu wollen, einem Aufruf, der uns in der jetzigen neuen Blütezeit politischen Renegatentums weiter nicht wundern würde, aber doch bei allen Katholiken betam zu werden „verdient“. Er ist ein Glied in der Kette jener Bestrebungen, die schon während des Krieges 1870-71 eingeleitet hatten und immer wieder im Laufe der Jahrzehnte angestrengt wurden, um die Katholiken zum Abfall von ihrer politischen Vertretung zu bewegen. Mag sein, daß die Propaganda zum politischen Renegatentum auch jetzt von einigen früheren Zentrumsmitgliedern nicht ungern geübt wird, aber der Erfolg, Verwirrung oder gar Uneinigkeit in der Zentrumsführerschaft hervorzurufen, wird sie geradezu wenig haben wie die Ansprachen, Briefe, Presse-Verurteilungen von anderen Katholiken, die im deutschen Katholizismus immerhin einen Namen hatten.

Auch in dem erwähnten Aufruf, der von nationalsozialistischen Provinzialblättern in großer Aufmachung abgedruckt wird, wird zunächst behauptet, daß Zentrum und Bayerische Volkspartei nach alter Taktik durch Heranziehung seelischer und religiöser Momente den Wahlkampf zu vergiften suchen und dann gesagt:

„Unter Berufung auf alte, längst überholte Wahl- und Gebungen von Bischöfen und anderen höheren Geistlichen, die dem Zentrum angehören, wird der Nationalsozialismus als eine sichtlich verbotene Bewegung hingestellt.“

Die Verurteilung bestimmter Programmpunkte des Nationalsozialismus durch die kirchlichen Behörden war bedingt durch die Pflichten des kirchlichen Lehramtes. Mit ihr wird auch das damit von selbst gegebene Verbot der Zugehörigkeit kirchentreuer Katholiken zum Nationalsozialismus ebenso wie zum Sozialismus und Kommunismus fallen, sobald die betr. Grundzüge fallen. Im übrigen ist durch den Hirtenbrief des Bischofs von Linz vom 21. Januar d. J. und durch Erklärungen des Erzbischoflichen Ordinariats München ausdrücklich festgestellt worden, daß die Warnungen des kirchlichen Lehramtes vor Vertretern des Nationalsozialismus und damit vor diesem selbst auch heute noch im vollen Umfang Gültigkeit und Geltung haben.

Es heißt dann in dem erwähnten Aufruf weiter:

„Wer heute die nationale Front angreift oder beschimpft, steht in einer Front mit den Bolschewiken... Wer den deutschen Nationalismus, insbesondere den deutschen Nationalsozialismus bekämpft, bekämpft daher praktisch das Christentum.“

Katholiken, sorgt deshalb mit für die Reinhaltung unserer Kirche von allen parteipolitischen Einflüssen! Macht euch stark gegen parteipolitische Beeinflussungsversuche durch Kanzel, Beichtstuhl, Kirchenblätter und religiöse Vereine, wie sie im letzten Wahljahr so oft vorgenommen sind... Durch die Entproletarisierung der Geistlichen kann die Kirche nur eine Erhöhung erfahren.“

Diese Katholiken sollten sich doch wenigstens genieren, mit derart alten Ladehütern wüster Kulturkampfretter gegen ihre eigenen Bischöfe anzukämpfen. Und dann die Quintessenz:

„Erteilt dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei jetzt die längst verdiente endgültige Absage! Das führt am ehesten aus deutscher Not. (!) Weicht euch jetzt ganz dem Vaterlande! So erfüllt ihr praktisch am besten Gottes Willen!“

Der letzte Satz genügt, um jedem Katholiken, der die kirchliche Lehre wirklich kennt, deutlich zu zeigen, wie recht die Bischöfe mit ihrer Warnung vor den Vertretern des Nationalsozialismus hatten und haben. An „Dreizehnlinden“ heißt es: „Erst gehört du deinem Gotte, ihm zunächst der Heimat.“ Das

Neuss-Weissenberg!

Heute abend 8 Uhr

spricht in einer Versammlung der Zentrumsführerschaft im Lokale Streitberg, Kaarster Str. der beliebte Volksredner

Herr Reichstagsabgeordneter Johannes Blum

vor den Wählern der Zentrumsparlei. Alle Parteifreunde, Mann und Frau, Jung und Alt, werden gebeten, zu erscheinen.

ist katholische Lehre, nicht aber die Gleichstellung von nationalsozialistischer Gesinnung mit Gottes Willen!
Dr. Eduard Stadler von den Deutschnationalen erhob den Schlußsatz: „Das Zentrum muß zerfallen werden!“ Und weshalb soll es zerfallen werden? U. a., „damit auch der deutsche Katholik ohne Bevormundung als freie Persönlichkeit im öffentlichen Leben wirken kann!“ Das ist allerdings ein Grund, der tief blicken läßt. Die Leute von der „Katholischen Vereinigung für nationale Politik“ haben aber noch nicht einmal diese Entschuldigung für sich. Sie machen nicht den Eindruck, als ob es ihnen auf absolute geistige Selbständigkeit ankäme.

Veratungen des Kabinetts.

Vor Aufhebung von Renten Kürzungen?

Berlin. Die gestrigen Beratungen des Reichskabinetts dauerten bis in die späten Abendstunden. Sie galten zunächst Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft, und zwar Zollfragen und Maßnahmen zur Stärkung des Getreidemarktes. Weiter wurden die sozialpolitischen Maßnahmen besprochen. Die Beratungen über die Aufhebung der Renten Kürzungen sind abgeschlossen und die Aufhebung dieser Kürzungen wird Ende der Woche erwartet.

Zum Schluß befaßte sich das Reichskabinett noch mit politischen Fragen. Dazu gehören offenbar auch personelle Dinge, über die sich im Augenblick noch nichts sagen läßt.

Das Reichskabinett hat sich heute, wie weiter verlautet, auch mit der Frage des sog. 50-Pfennig-Krankenscheins beschäftigt. Es gilt als wahrscheinlich, daß die Gebühr von 50 Pfennig auf etwa 25 Pfennig herabgesetzt werden wird.

Keine Reichspropaganda-Stelle.

Berlin. Private Meldungen wollten wissen, die Reichsregierung beabsichtige, den nationalsozialistischen Abg. Dr. Goebbels zum Leiter einer Reichspropaganda-Stelle zu machen, der auch der Rundfunk unterstellt werden sollte. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die Schaffung einer solchen Stelle im Reichskabinett nicht besprochen worden.

Beurlaubung des hiesigen Regierungspräsidenten aufgehoben.

Berlin. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hatte der Reichskommissar für das preussische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, mit dem Regierungspräsidenten von Aachen, Stieler, eine grundsätzliche Aussprache, in deren Verlauf Reichsminister Göring den Regierungspräsidenten in Anerkennung seiner Amtsführung ergrüßte, sein Amt weiter fortzuführen. Die Beurlaubung Stieler ist damit aufgehoben.

Staatssekretär v. D. Schmid Sonderkommissar.

Berlin. Der frühere Staatssekretär im Reichsministerium der besetzten Gebiete, Schmid, ist als Kommissar für Sonderaufträge ins preussische Innenministerium berufen worden.

Haftentlassung Dr. Lebers in Lübeck.

Lübeck, 17. Febr. (Fig. Radiodienst.) Der bisherige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Leber, der im Zusammenhang mit den kürzlich erfolgten politischen Zusammenstößen, bei denen ein Nationalsozialist den Tod fand, verhaftet worden war, ist aus der Haft entlassen worden. Das Oberlandesgericht Hamburg hat seiner Haftbefehl entzogen, weil fluchtverdacht nicht vorlag. Dr. Leber, der bei den Zusammenstößen erhebliche Verletzungen erlitten hatte, wurde aus dem Lazarett der Strafanstalt ins Krankenhaus überführt.

Löbe für Einheitsfront SPD. und KPD.

Berlin. Auf einer V. G. D.-Rundgebung der Eisernen Front sprach gestern Abend der frühere Reichstagspräsident Paul Löbe. Er nahm auch Stellung zu den mehrfach erfolgten Angeboten der KPD zur Bildung einer Einheitsfront und betonte, daß er schon immer (!) für den einheitlichen Kampf der beiden marxistischen Parteien eingetreten sei. Die KPD müsse aber ihr Angebot ernst meinen und endlich aufhören, in den Sozialdemokraten ihren Hauptfeind zu sehen. Die Führer beider Parteien müßten sich in gemeinsamen Besprechungen zusammenfinden, um in geeigter Kampfführung einen unüberwindlichen Wall zu bilden gegen den Faschismus.

Das erste Verbot des „Vorwärts“ aufgehoben.

Berlin. Das Reichsgericht hat gestern vormittag, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, auf die Beschwerde des „Vorwärts“ hin entschieden, daß das vor etwa 14 Tagen erfolgte dreitägige Verbot des sozialdemokratischen Zentralorgans, das wegen der Veröffentlichung des sozialdemokratischen Wahlaufsatzes erlassen worden war, zu Unrecht erlassen sei und deshalb aufgehoben werde.

Nachwirkung des Siegburger Nationalsozialistenmordes

Nationalsozialisten greifen SPD-Leute an.

Siegburg. Wie die Polizei mitteilt, werden in Verfolg der Schießerei vor dem Siegburger Volkshaus, bei der der SS-Mann Müller getötet wurde, immer noch Mitglieder der SPD von Nationalsozialisten angegriffen. Ueber eine Schlägerei im Landratsamt wurde bereits gestern berichtet. Später suchten die Nationalsozialisten im Siegburger Arbeitsamt einen Beamten, der jedoch nicht in seinem Büro war. Auch dieser Beamte ist Mitglied der SPD. In einem anderen Falle wurde ein Angehöriger der SPD in seiner Wohnung aufgesucht. Die Nationalsozialisten verlangten von ihm die Herausgabe seiner Waffen. Es kam zu einer Schießerei, wobei jedoch niemand verletzt wurde. Zwei Nationalsozialisten wurden festgenommen, darunter der Bruder des Erschossenen. Er wurde wieder auf freien Fuß gesetzt, während gegen den anderen Nationalsozialisten Haftbefehl erlassen wurde. Die Ermittlungen werden weiter fortgesetzt.

Die weitere Durchsuchung des Siegburger Volkshauses hat noch folgende Waffen zur Folge gebracht: Vier Selbstkabinen, einen Karabiner und 60 Schuß Karabinermunition. Der Karabiner ist dem gerichtlichen Institut der Bonner Universität zur Untersuchung überwiesen worden.

Zusammenstöße mit Stegmann-Anhängern in Franken.

Münchberg. In der vorvergangenen Nacht kam es hier in einer Wirtshaus zu Zusammenstößen zwischen SA-Leuten und Angehörigen des Freikorps Franken (Stegmann). Drei Leutes des Freikorps mußten ins Krankenhaus geschafft werden. Zwei Sturmabteilungsleute wurden festgenommen. Zu gleicher Zeit kam es in Burgfarnbach zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Angehörigen des Freikorps Franken, bei denen die Polizei eingreifen mußte. Zwei Stegmann-Anhänger und zwei Nationalsozialisten wurden leicht verletzt.

Auch eine Rundfunkunterbrechung!

Berlin. Wie der Vertreter der R. V. meldet, wird zu den vielen Unterbrechungen im Rundfunk noch eine weitere recht eigenartige hinzugefügt. Vom 17. Februar bis 4. März sollen nämlich Vorträge über die einzelnen Mitglieder des Kabinetts gehalten werden. Den Reden eröffnet Goebbels mit einer Rede über Adolf Hitler. Dann folgen Vorträge verschiedener Redner über die Minister Selbste, Ehrh von Mühenach, von Papen, Hugenberg und Frick.

Ob es sich nicht, so schließt die R. V., empfehlen würde, diese Vorträge am Radio bis zum Ende des Vierjahresplanes zu verschieben?

Ein rumänisches Bekenntnis:

Polnischer Korridor hindert Frieden.

Senator Filipescu bereiste Deutschland. — Der Augenschein hat ihn überzeugt. — Und der neue Balkanbund?

Ein Saulus zum Paulus geworden?

Senator Filipescu gegen den polnischen Korridor.

Bukarest. Kürzlich besuchte der rumänische Senator Filipescu, einer der markantesten Politiker seines Landes, zum ersten Male in seinem Leben Deutschland. Nach seiner Rückkehr hielt er vor erlesenen Publikum einen Vortrag über seine Reiseindrücke.

Ganz Deutschland, sagte er, sei im Kampfe gegen den Versailler Vertrag einig und fordere auch die Gleichberechtigung. Mit der Aufgabe Elsaß-Lothringens habe man sich abgefunden. Aber es gäbe keinen Deutschen, der nicht die Revision der Grenzen und die Rückgabe des Korridors fordere.

Filipescu erklärte offen, daß

Polen den Korridor nicht nötig habe.

Es könne sich, wie die Schweiz und Tschechoslowakei mit einem wirtschaftlichen Zugang zum Meer begnügen. Der polnische Korridor müsse verschwinden, weil es sonst nie Frieden in Europa geben werde. Filipescu bezeichnete in diesem Zusammenhang das Bündnis Rumäniens mit Polen als eine Last. Es bringe den Rumänen nur Nachteile, während es auf der anderen Seite nur die polnische Angriffslust gegen Deutschland stärke. Rumänien habe die Sicherung der polnischen Südküste gegen Rußland übernommen, Polen aber durch den Nichtangriffspakt gegen Rußland den Rücken gegen Deutschland freigelegt.

Neuer Vorstoß Deutschlands.

Für völliges Verbot der Militärluftfahrt.

Nadolny fordert sofortige Entscheidung. — Wieder eine Kommission und „grundsätzliche Fragen“ — Gegen das französische Wehrsystem.

Für völliges Verbot des Luftbombardements.

Genf. Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz begann gestern die Aussprache über die Luftabrüstung. Der englische Vertreter beantragte, einen Ausschuß mit der Frage der Abschaffung der Militärluftfahrt und des Bombenabwurfs und einer Kontrolle der Zivilluftfahrt zu betrauen. Der amerikanische Vertreter schloß eine Kontrolle der Zivilluftfahrt seines Landes ab, weil dessen Lage von anderen Ländern verschieden sei.

Der deutsche Vertreter, Vizepräsident Nadolny, vertrat eine sofortige Entscheidung über die von England genannten drei Fragen. Jedenfalls müsse man dem Ausschuß gewisse Richtlinien vorlegen. Wenn die Militärluftfahrt nicht abgeschafft werde, müsse mindestens das Luftbombardement völlig verboten werden.

Präsident Henderson und Spanien protestierten gegen die amerikanische Haltung, der sich aber Kanada anschloß.

Auf Vorschlag des Präsidenten Henderson wurde ein Ausschuß eingesetzt, dem die einzelnen Vorschläge überwiesen wurden. Er soll in spätestens 14 Tagen Bericht erstatten.

Dann wandte sich der Hauptausschuß der Frage der Heeresstärke zu. Vizepräsident Nadolny befaßte sich mit dem französischen Plan einer Vereinheitlichung der Wehrsysteme. Vor kaum 14 Jahren habe man Deutschland ein Heer mit langer Dienstzeit ausgenötigt und verlange jetzt wieder den Hebergang zum kurzdienenden Heer. Da liege die Frage nahe, ob sich das von Frankreich gewünschte Wehrsystem als für alle Zeiten richtig erweisen werde.

Man könne sich des Eindrucks nicht verwehren, daß der französische Vorschlag mit der Beseitigung des Berufsheeres auch die Beseitigung dessen bedecke, was vor 14 Jahren Deutschland mit dem ausgenötigten Heer der Abrüstung auferlegt worden sei. Man könne die mühsame Aufbauarbeit von 14 Jahren nicht lediglich deshalb zerstören, weil die Ansichten darüber sich an manchen Stellen geändert hätten. Deutschland könne deshalb zu der Vereinheitlichung der Wehrsysteme nicht Stellung nehmen, es sei genau wisse, was an Stelle des aufgegebenen Organismus gestellt werden solle. Frankreich müsse Einzelheiten darüber angeben. Die Stärke des von ihm vorgeschlagenen Wehrsystems beruhe auf den ausgebildeten Reservisten, denen aber die entlassenen Soldaten mit Berufsheeren nichts entgegenstellen können. Dieser ungeheure Unterschied müsse in irgend einer Form berücksichtigt werden. Ueberleeseere müßten selbstverständlich den Streitkräften des Landes zugerechnet werden.

Das „Tempo“ verboten.

Berlin. Der Polizeipräsident hat die Tageszeitung „Tempo“ bis 23. Februar verboten, weil sie durch offenbar bewußt falsche Darstellung der Vorkommnisse das Vertrauen größerer Kreise der Bevölkerung in die Regierungsmassnahmen habe zu erschüttern versucht.

Mistrauensantrag gegen das Kabinett MacDonald abgelehnt.

London. Der gegen die Regierung eingebrachte Mistrauensantrag, in dem ihr ungenügende Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgeworfen wird, wurde vom Unterhaus nach langer Debatte mit 414 gegen 49 Stimmen abgelehnt.

Wettervorhersage bis Samstag.

(Telegraphische Mitteilung des Observatoriums Naden.) Am Niederrhein Grenzlage zwischen Tauwetter und leichtem Frost mit Schnee und Regen. Ueber den Berglagen winterliches Wetter mit Schnee. Die höchsten Temperaturen betragen gestern 1,5 und die tiefsten minus 4,0 Grad.

bekommen. Dadurch bedrohe Rumänien indirekt Deutschland, das sich bestimmt nach Bundesgesetzen umsehen werde. Ungarn würde auf Deutschlands Seite treten und danach trachten, Siebenbürgen wiederzubekommen. Das aber wolle Rumänien auf jeden Fall behalten. Wie Deutschland an dem Besitz Siebenbürgens desinteressiert sei, müsse Rumänien an dem Besitz des polnischen Korridors uninteressiert sein. Filipescu ließ durchblicken, daß auf diesen beiden Gebieten Kompensationsmöglichkeiten für eine Verständigung mit Deutschland lägen.

Freilich mußte auch Filipescu betonen, daß Rumänien auf die kleine Entente und Frankreich Rücksicht nehmen müsse.

Es ist ja doch in finanzieller Abhängigkeit von Paris. Und die drei in solcher Abhängigkeit vom französischen Geld befindlichen Staaten haben ja eben einen ganz engen staatlichen Zusammenhalt getätigt.

Im übrigen ist Filipescu anscheinend aus einem Saulus ein Paulus geworden. Denn er gehörte zu jenen rumänischen Politikern, die bisher kein gutes Haar an Deutschland gelassen haben. Auf die antiken Stellen freilich scheint er keinen Einfluß zu haben. Denn wenige Tage später ist ja die enge staatliche Verbindung zwischen Rumänien, der Tschechei und Südslavien zustande gekommen, die einfach eine selbständige Verhandlung mit einem dritten Staate nicht mehr gestattet.

Französische Studenten als Ruhestörer.

Paris, 17. Febr. (Fig. Radiodienst.) Von Studenten, die einer auf der äußersten Rechten stehenden Organisation angehören, wurde gestern ein Vortrag im Studentenheim in Paris verhindert. Der Vortragende, ein Student der Rechtswissenschaft, wollte den Vortrag gerade beginnen, als die jungen Leute in den Saal drangen, Lärm schlugen und den Vortrag unmöglich machten. Die Aktion sollte einen Protest gegen den Sekretär der rechtswissenschaftlichen Fakultät darstellen, der die Ruhestörer bei einer früheren Rundgebung aus der Universität hatte ausweisen lassen. Ein Professor wurde mit einem Stuhl geschlagen und am Bein verletzt. Der Dozent der juristischen Fakultät und einige Professoren mußten in das erste Stockwerk des Studentenheims flüchten. Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Ein Schulbeispiel.

Bankenschiebung und Konkurrenzkampf der Trusts.

Detroit. Nach der Schließung sämtlicher Banken des Staates Michigan haben jetzt die beiden großen Automobilunternehmen General Motors und Chrysler bekannt, daß sie Vorkehrungen getroffen haben, um die Schließung, die ihren Angestellten und Arbeitern als Lohnzahlung ausgedrückt werden, auch im Staate Michigan einzulösen. Die Chrysler-Werke beabsichtigen außerdem eine eigene Bank zu errichten. Zur Schließung der Banken, die nach einer längeren Konferenz zwischen dem Gouverneur von Michigan und Bankvertretern verfügt worden war, hatte der Gouverneur erklärt, daß die Ford-Automobilgesellschaft dafür verantwortlich sei, da sie sich geweigert habe, ihre Depote bei der Union Guardian Trust zur Verpfändung der kleineren Sparer zur Verfügung zu stellen. Diese Behauptung hat der Gouverneur aber nunmehr unter Druck zurückgezogen. Er betonte, er habe keine Informationen, aus denen hervorgehe, daß er die Lage bei der Union Guardian nicht richtig beurteilt habe. Unterstützungsmassnahmen der Bundes-Reservebanken von New York und Chicago sind bereits im Gange. Sie haben 40 Millionen Dollars zur Verfügung gestellt.

Man sieht, wie eine nach dem Panikkapitalismus orientierte Wirtschaft sich überbietet und die Verunsicherung zu Funktionsstörungen im Wirtschaftsleben führt.

2 Tote auf Königin-Luise-Grube geborgen.

Hindenburg. Auf der Königin-Luise-Grube sind gestern Abend zwei weitere Tote geborgen worden. An der Bergung des letzten Vermissten wird noch gearbeitet.

oder
m, es
hlich
4 Pf.
urette,

kt
ttag.

• H. MÜNCHEN •



Basel 0,10 Mtr., — 4 cm; Regl 2,18 Mtr., — 14 cm; Mannheim 2,73 Mtr., — 13 cm; Ruck 1,96 Mtr., — 9 cm; Mainz 1,21 Mtr., — 14 cm; Bingen 1,91 Mtr., — 12 cm; Raab 2,10 Mtr., — 18 cm; Koblenz 2,16 Mtr., — 18 cm; Trier 1,17 Mtr., — 14 cm; Köln 2,49 Mtr., — 25 cm; Düsseldorf 2,00 Mtr., — 26 cm; Weisel 1,40 Mtr., — 27 cm; Emmerich 2,76 Mtr., — 26 cm.

Ein Gutachten der Gewerbeaufsicht:

Die Ursache der Katastrophe von Neunkirchen.

Ein Hammer Schlag, der Anlaß der Katastrophe? — Ausströmendes Gas entzündete sich. — Fünf Minuten riesige Großflamme. — Erhitzung des Kessels

Saarbrücken. In der Presse ist vielfach behauptet worden, daß als feststehend anzusehen sei, daß die Explosion des Neunkirchner Gasbehälters von der nahen Benzolfabrik ausgegangen sei. Diese Meldung ist völlig unzutreffend.

Die bisherige Untersuchung hat vielmehr ergeben, daß die Benzolfabrik ebenso wenig wie die in der Nähe des Gasbehälters stehende Tankstelle mit der Entstehung der Explosion in Zusammenhang zu bringen ist. Vielmehr kann auf Grund der bisherigen Zeugenaussagen behauptet werden, daß die erste, kleine Explosion, die später die große Behälterexplosion zur Folge hatte, in dem sog. Umgehungsrohr des Gasbehälters entstanden ist. Dieses Umgehungsrohr steht weder mit der Benzolfabrik, noch mit der Tankstelle in Zusammenhang. Zur Zeit der kleinen Explosion war dieses Rohr außer Betrieb, da an ihm gearbeitet wurde. Es ist möglich, daß durch irgendeine, von den an dem Rohr arbeitenden Arbeitern nicht erkennbare Undichtigkeit Gas in das Rohr gelangt sein kann. Durch einen Hammer Schlag eines Arbeiters kann dieses Gas zur Explosion gelangt sein. Tatsächlich ist die kleine Explosion in dem gleichen Augenblick erfolgt, als ein Arbeiter einen kräftigen Hammer Schlag gegen den Kopf einer Stütze tat, auf der das Umgehungsrohr ruhte.

Der weitere Verlauf der Explosion vollzog sich folgendermaßen: Durch die kleine Explosion im Umgehungsrohr wurde das mit diesem Rohr direkt verbundene Gasaustrittsrohr des Gasbehälters nicht weit von der Stelle, wo dieses Rohr in den Gasbehälter einmündet, zertrümmert. Aus der hierdurch entstandenen Öffnung des Gasbehälters trat Gas aus dem Gasbehälter entzündet durch die Flamme der ersten Explosion oder durch die bei der Zerstörung des Rohres naturgemäß entstehenden Funken

zur Entzündung gelangt. Da sehr viel Gas ausströmte — die Öffnung war 65 Zentimeter groß — entstand nun eine sehr große Flamme, die an der Außenwand des Behälters emporstieg. Die Höhe dieser Flamme wird von Zeugen mit 30 bis 50 Meter angegeben, die Breite mit etwa 5 Meter. Fest steht, daß die Flamme höher schlug, als wie die Lage der inneren Scheibe des Behälters war, die bekanntlich das unten befindliche Gas von der oben befindlichen Luft trennt. Die Flamme schlug etwa fünf Minuten lang an dem Behälter empor. Durch diese Flamme sind nun die aus verhältnismäßig dünnem Blech bestehenden Wandungen des Behälters glühend geworden. Hierdurch ist die Dichtung zwischen Scheibe und Behälterwand im Innern des Behälters unwirksam geworden, sodaß Gas aus dem unteren Teile des Behälters in den oberen, mit Luft angefüllten Teil des Behälters gelangte. Hier bildete sich ein explosives Gas-Luftgemisch, das durch die heiße Wandung des Kessels zur Explosion gekommen ist.

In den Presseäußerungen wurde ferner des öfteren die Behauptung aufgestellt, der Neunkirchner Gasbehälter sei der zweitgrößte Gasbehälter Europas. Allein in Deutschland gibt es eine ganze Reihe Gasbehälter der gleichen Konstruktion, die wesentlich größer sind als der Neunkirchner Behälter. So steht in Oberhausen ein Behälter von 356 000 Kubikmeter Inhalt, in Stuttgart ein solcher von 300 000 Kubikmeter, in Hamburg einer von 300 000 Kubikmeter. Ferner gibt es in Deutschland mehrere Behälter von 250 000, von 200 000 Kubikmeter u. m. Noch größere Behälter dieser Art stehen in Amerika, wo es solche bis zu 550 000 Kubikmeter Inhalt gibt. Die meisten dieser Behälter stehen unmittelbar neben bewohnten Häusern, da man den M.A.N.-Behälter bis jetzt für vollkommen explosionsicher hielt.

Der Sabotageakt bei der Stuttgarter Kanzlerrede.

Stuttgart. Die Polizei hat Mittwochabend noch zahlreiche Personen festgenommen, die im Verdacht stehen, während der Hitler-Rundgebung das von der Stadthalle zum Telegraphenbauamt führende Kabel durchschnitten zu haben. Bei einigen Verhafteten wurden auch Waffen gefunden. Schon zu Beginn der Hitlerverammlung war mehrmals eine Kabelstörung verurteilt worden, was aber sofort beseitigt wurde. Die Reichspost hatte zwar die Kabelbrücken bewachen lassen, aber nicht die Freileitungen. Das Telegraphenbauamt bestreitet, daß die Nationalsozialisten an das Amt herangekommen seien mit dem Auftrag, das Kabel durch SA-Leute bewachen zu lassen. Der Staatskommissar für den Südbund, Wägel, begab sich nach Schluß der Rundgebung sofort zum Reichskanzler, um über die Vorfälle und das bisherige Untersuchungsergebnis Bericht zu erstatten. Die Störung erfolgte auf einer post-eigenen Leitung.

Zu der Störung der Stuttgarter Rede des Reichskanzlers wird amtlich mitgeteilt: Der Reichspostminister hat sofort nach Bekanntwerden der Störung eine Untersuchung eingeleitet und angeordnet, daß die für den technischen Rundfunkbetrieb verantwortlichen Beamten, Postbaurat Feucht, Oberpostdirektor Wöhringer und Dr. Koser, unverzüglich bis zum Abschluß der Untersuchung außer Dienst gesetzt werden.

Die Vorgänge in Oberhausen.

Der Klerus zur Zwangsbeurlaubung des Polizeipräsidenten Meyer.

Oberhausen. Zur Zwangsbeurlaubung des Polizeipräsidenten Meyer nahm auch der Klerus von Groß-Oberhausen Stellung mit einer Resolution, in der es heißt:

„Die am 14. Februar zu einer Konferenz vollständig versammelten Geistlichen von Groß-Oberhausen nahmen mit großem Befremden Kenntnis von der zwangsweisen Beurlaubung des Herrn Polizeipräsidenten Meyer. Sie sprachen dem verehrten Herrn Präsidenten, dessen loyale und unparteiische Amtsführung allgemeine Anerkennung gefunden hat, ihre aufrichtige Sympathie aus. Wenn die neue, nationale Regierung selbst solche Männer aus ihren Reihen entfernt, die in schwerster Notzeit durch die Tat ihre nationale Treue zu Volk und Vaterland bewiesen haben, so sehen wir darin einen Angriff auf die Rechte und die väterländische Gesinnung der katholischen Staatsbürger.“

Landjägermajor Schäfer nicht beurlaubt.

Wiesbaden. Die Nachrichten verschiedener Blätter, daß außer dem Regierungspräsidenten Ehler und dem Polizeimajor von Seidlitz, beides Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, auch der Landjägermajor Schäfer, Mitglied des Zentrums, beurlaubt worden sei, habe sich nicht bewahrheitet. Der Chef der Landjäger im Regierungsbezirk Wiesbaden, Major Schäfer, gehört dem Zentrum als Mitglied an, hat sich aber politisch nie betätigt. Er ist allgemein wegen seiner persönlichen Liebenswürdigkeit und seiner beruflichen Tätigkeit beliebt.

Politische Zusammenstöße.

München. Bei einem Streit zwischen einem Nationalsozialisten und einem bayerischen Bauernbündler bei Straubing gab der Nationalsozialist einen tödlichen Schlag auf seinen Gegner ab.

In einer Wahlversammlung der Eisernen Front in Weissenfels kam es zu einem allgemeinen Tumult, bei dem acht Nationalsozialisten und neun Polizeibeamte verletzt wurden.

Das Braunschweigische Staatsministerium hat das Landvolkshaus des Weltlichen Elternbundes in Wolfshagen polizeilich schließen lassen, da sich die Anwesenheit des in dem Heim eingerichteten Arbeitsdienstlagers Gewalttätigkeiten hatten zuschulden kommen lassen.

Krefeld und Aachen spenden für Neunkirchen.

Krefeld. Die Stadt Krefeld hat anläßlich des schweren Unglücks in Neunkirchen zur Linderung der ersten Not den Betrag von 2500 Mark gespendet. Die Stadtparlasse Krefeld spendete zu demselben Zweck 300 Mark.

Das Attentat auf Roosevelt.

Was der Täter angeblich alles wollte. — Roosevelt schildert den Hergang. Attentäter ist geistesgestört?

Miami. Zingara soll im weiteren Behör zugegeben haben, daß er vor drei Tagen einen Revolver in der Abicht kaufte, Präsident Hoover zu erschießen. Als er von Roosevelts Ankunft in Miami erfuhr, habe er beschlossen, diesen zu ermorden. Zingara gestand bei seiner Vernehmung darauf, daß er von niemand beeinflusst worden sei, noch den Plan mit irgendjemanden erörtert habe. Die Polizei verhaftete im Zusammenhang mit der Tat einen Freund Zingaras, Andreas Valenti.

Der bei dem Revolveranschlag in Miami schwer verletzte Bürgermeister von Chicago, Cermat, ist, wie nachträglich bekannt wird, noch nicht operiert worden. Er wurde lediglich in den Operationsraum gebracht, wo seine Verletzungen eingehend untersucht wurden.

Die Neu-rungen des verhafteten Täters Zingara, daß er geschossen habe, weil jüdische Menschen dem Hungertode nahe seien und daß ein Wagenleiden ihn auf den Attentatsgedanken gebracht habe, bestärken die Vermutung, daß es sich um einen Geisteskranken handelt. Trotzdem wurden, da immer noch die Möglichkeit besteht, daß der Anschlag Cermat galt, in Chicago mehrere bekannte Gangster verhaftet. Zingara gehört seit acht Jahren dem Bauarbeiterverband in New Jersey an.

Der Anschlag auf den künftigen Präsidenten Roosevelt erfolgte anläßlich eines Empfanges in einem Park in Wistano Bay, der veranstaltet worden war, um seine Rückkehr von einer Kreuzfahrt nach den Bahama-Inseln zu feiern. Er hatte auf der Nacht „Nouanahat“ mit dem Kapitän der Nacht, Vincent Horst, eine Fischezpedition unternommen und beabsichtigte, von Miami aus mit der Eisenbahn nach New York zurückzukehren, um die Vorbereitungen zur Bildung seines Kabinetts fortzusetzen. Der Präsident befand sich gerade in der Nähe seines Autos. „Aus den vorliegenden Meldungen geht nicht hervor, ob er es verurteilt hatte, oder gerade beiseite wollte. Er ging mit Hilfe der Stöße, die er als Invalide stets gebrauchen muß.“

Ein Augenzeuge berichtet, der Angreifer habe nicht auf Roosevelt gezielt, sondern auf den Bürgermeister von Chicago, Cermat, der sich ungefähr sechs Meter von dem künftigen Präsidenten entfernt befand. Angesichts der Aufregung der Menge wandte sich Roosevelt um und winkte mit erhobenem Arm, um zu zeigen, daß er unverletzt sei. Der Täter wurde vom Publikum ohne Schwierigkeiten ergriffen und der Polizei übergeben, die ihn unverzüglich ins Gefängnis brachte.

Kommunistische Versammlung im Reichstagsgebäude.

Einladungen mit dem Reichstagsstempel!

Berlin. Zu der Durchsuchung der Polizei im Reichstagsgebäude und Auffindung einer kommunistischen Versammlung dort (!) wird mitgeteilt: Eine Anzahl Angehöriger verschiedener Betriebe erhielten Einladungen zu einer Versammlung, die Dienstagabend 7 Uhr im Saal 31 des Reichstagsgebäudes stattfinden sollte. Die Einladungen waren mit dem Stempel des Reichstagsbüros versehen. Es war in ihnen besonders betont, daß sie auch an nichtkommunistische Anteilnehmer ergangen seien. Etwa gegen 1/8 Uhr waren im Saal etwa 100 Personen versammelt. Mit Genehmigung des Reichstagspräsidenten erschien aber die Polizei und unterzog alle Anwesenden einer genauen Prüfung und Durchsuchung.

Als die Aktion beendet war, wurden die Anwesenden nach Ramensauftrag entlassen. Die abgenuzten Papiere nahmen die Kriminalbeamten nach dem Polizeipräsidenten mit. Es dürfte sich um die Bereitstellung der Mittel der Kommunisten handeln, Unruhe in den Betrieben zu stiften.

Die Aachener und Münchener Feuerversicherungs-gesellschaft hat für die Opfer des Explosionsunglücks in Neunkirchen dem Oberbürgermeister der Stadt Neunkirchen 30 000 französische Franken das sind rund 5000 Reichsmark zur Verfügung gestellt.

Salzsäure über nationalsozialistische Zettelverteiler.

Düsseldorf. Die Polizeipressstelle teilt mit: In der Kampstraße in Düsseldorf-Rath öffneten sich auf ein Signal hin mehrere Fenster über zehn bis vierzehn nationalsozialistische Zettelverteiler. Eine Flasche mit Salzsäure wurde auf der Straße gefunden. Die Zettelverteiler gaben zwei Schüsse ab. Polizeibeamte konnten die Personalien von einigen Angehörigen der Kommunisten und der Nationalsozialisten feststellen. Verletzt wurde niemand.

Eine Erklärung der Görreshaus N.-G.

Köln. Die Görreshaus N.-G., Köln, teilt mit: Ueber die Görreshaus N.-G., in deren Verlag die „Kölnische Volkszeitung“ und der „Kölnische Anzeiger“ erscheinen, werden in der Presse Gerüchte und unrichtige Mitteilungen gebracht. Tatsache ist, daß die Görreshaus N.-G. zurzeit mit ihren größeren Gläubigern verhandelt und daß diese Verhandlungen einen durchaus sichtreichen Verlauf nehmen.

Mutige Verkäuferin schlägt Räuber in die Flucht.

Essen. Mittwochabend betreten zwei mit Gesichtsmasken und Schußwaffen versehene Räuber ein Lebensmittelgeschäft in Essen-Steele und forderten die Herausgabe des Geldes. Als sich einer der Eindringlinge anschickte, die Kasse zu plündern, fiel ihm eine Verkäuferin mit voller Wucht zurück und bewarnt dann die Räuber mit gefüllten Bombengläsern, sodaß beide die Flucht ergriffen. Trotzdem ein junger Mann die Verfolgung aufnahm, konnten die Täter unerkannt entkommen.

Eine Säermühle flog auseinander.

Heiden (Hunsrück). Bei dem Versuch einiger Männer, eine Säermühle, die früher Handbetrieb hatte, mit einem 18 PS-Motor in Gang zu bringen, erzielte die Mühle eine solche Geschwindigkeit, daß plötzlich die ganze Anlage unter lautem Krach auseinanderflog. Von den umherfliegenden Maschinenteilen wurde ein Mann so schwer verletzt, daß er kurze Zeit nach dem Unglück starb. Ein zweiter Mann erlitt schwere Unterleibsverletzungen. Sein Zustand gibt zu Besorgnissen Anlaß.

Roosevelt gab seinen Plan, nach New York abzureisen, auf und blieb in das Auto, in dem der verwundete Bürgermeister von Chicago nach dem Krankenhaus gebracht wurde. Im Auto liegend hielt Roosevelt den Kopf des Verletzten in seinem Arm. Die verletzte Dame ist die Gattin des Präsidenten der Florida Kraft- und Lichtgesellschaft, Josef Gill. Außer ihr und dem Bürgermeister wurde noch einer der Geheimpolizisten, die den künftigen Präsidenten zu seinem Schutz begleiteten, von einer der Kugeln in den Kopf getroffen.

Der zukünftige Präsident der Vereinigten Staaten hat im Zuge nach New York eine Schilderung des Anschlages gegeben, der heute auf ihn verübt wurde. Er erklärte:

„In dem Augenblick, als mir jemand von dem Inhalt eines langen Telegramms Kenntnis gab, hörte ich ein Geräusch, das ich für die Explosion eines Feuerwerkskörpers hielt. Ihm folgten jedoch mehrere andere Detonationen. Der Mann, mit dem ich sprach, trat zurück, mein Chauffeur ließ den Wagen an, und ich sah, als ich mich umblende, den Bürgermeister Cermat gebückt dahinter und Frau Gill, wie sie zusammenbrach. Ich rief dem Chauffeur „Halt!“ zu — das war etwa vier Meter von unserem Stand entfernt — aber ein Defektiv schrie zum Chauffeur: „Fahren Sie aus der Menge!“ Wir hielten dann an einer etwas entfernten Stelle. Als ich mich abermals umschau, hatte man Cermat eben aufgehoben. Ich ließ ihn zu meinem Wagen fahren. Den ganzen Weg zum Krankenhaus, auf den Treppentritten des Autos standen die Defektive, einer hatte eine Handverletzung, der andere einen Augenschuß.“

Zingaras Vernehmungen haben auch ergeben, daß er vor zehn Jahren plante, ein Attentat auf den König von Italien zu verüben. Wie er angibt, ist es ihm damals nicht möglich gewesen, sich durch die Menschenmenge bis in die Nähe des Königs durchzubringen.

Zingara Anarchist.

Washington, 17. Febr. (Eig. Radiodienst. Reuter.) Der Leiter der amerikanischen Geheimpolizei, Morgan, teilt mit, daß sich Zingara als Anarchist zu erkennen gegeben habe, der sich den Anarchisten Leon Czolgosz, der 1901 den Präsidenten Mc. Kinley ermordete, zum Vorbild genommen habe.

Die Urlaubspässe entzogen.

Berlin. Die politische Polizei hat Ermittlungen über die Tätigkeit verschiedener Deutscher im Ausland angestellt. Auf Grund der Ergebnisse der Nachforschungen hat das Fremdenamt die Weisung erhalten, den Schriftstellern Lehmann-Ruhboldt und Hellmuth v. Verlach die Auslandspässe zu entziehen, weil die Pässe in ihren Händen wichtige Belange des Deutschen Reiches gefährden könnten. Auch gegen andere Personen sollen ähnliche Schritte ergriffen worden sein, darunter gegen den Schriftsteller Karl v. Ossietzky, der im „Lagerbuch“ sehr oft deutsche Belange geschädigt und schon wegen Hochverrats verurteilt worden ist.

Rauhe Haut: Penaten-Creme

in Apotheken und Drogerien RM 0.30, 0.55, 1.10

Nein! nicht an meinem Grabe.
Öffnet mir die ewige Ruh',
Denn ich schloß die Augen zu.

Nach Gottes heiligem Willen entschlief am Donnerstag vormittag 7 Uhr nach langjähriger, schwerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, unerwartet unser lieber Bruder, Schwager und Onkel,

Herr Hubert Baur

wohlvorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel und öfteren Empfang der heiligen Sakramente, im Alter von fast 60 Jahren.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Delhoven, den 16. Februar 1933.

Die feierlichen Exequien finden statt am Montag, dem 20. Februar 1933, morgens 9 Uhr in der Rektoratskirche zu Delhoven. Anschließend die Beerdigung.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, wird gebeten diese als solche zu betrachten.

Statt besonderer Anzeige.

Frau Adoli Verhagen
geb. Elise Vossen

versehen mit den Tröstungen der katholischen Kirche, kurz vor Vollendung ihres 82. Lebensjahres, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Adolf Verhagen
Kirchenkassenrentant i. R.
Neuß (Breite Str. 60),
den 16. Februar 1933.

Die feierlichen Exequien finden Montag, den 20. Februar, morgens 9 Uhr in der Münsterkirche statt; die Beerdigung am gleichen Tage 11 Uhr vom Sterbehause Breite Str. 60.

Beileidsbesuche dankend verboten.

Öffentliche Mahnung.

Als zum 15. Februar 1933, waren folgende Steuern und Gebühren fällig:

1. Grundbesitz- und Hauszinssteuer
2. Gewerbesteuer
3. Einkommensteuer
4. Beiträge zur gewerblichen Berufsschule
5. Bürgersteuer
6. Hundesteuer
7. Müll-, Kanal- und Straßeneinigungsgebühren
8. Schulgeld der Oberreal-, Handels- und Haushaltungsschule
9. Schulgeld der kaufm. und gewerblichen Berufsschule
10. Grund- und katholische Kirchensteuer
11. Sämtliche Steuern und Gebühren, welche nicht gestundet sind.

Alle Pächter, die mit den vorbezeichneten Steuern und Gebühren im Rückstand sind, werden die Zahlung bis spätestens 24. Februar 1933 vornehmen. Die Pächter- und Banküberweisungen haben bis rechtzeitig zu erfolgen, daß die Beträge spätestens am 24. Februar hier verbucht werden können.

Die auf Grund der Rückverordnungen für die Rückstände an Grundbesitz-, Gewerbesteuer sowie für Einkommensteuer und Hauszinssteuer fälligen Zwangsversteigerungen sind außerordentlich zu stellen.

Bei Nichtzahlung bis zum angegebenen Tage erfolgt die mit Kosten verbundene Zwangsversteigerung der Rückstände im Wege der Zwangsversteigerung.

Neuß, den 17. Februar 1933.
Stadthauptkasse.

Bekanntmachung!

Der Entwurf des Haushaltsplanes des Reichverbandes „Neue Reichswehr“ für 1933/34 liegt vom 20. bis 28. März 14 Tage lang während der Dienststunden im Reichswehrministerium zu Berlin, Reichswehrstraße 18, zur Einsicht der Wehrmacht offen.

Rückmeldung über Einsicht, den 16. Februar 1933.
Der Reichswehrminister.

Frischgeschossene Wildkanin
per Pfund 85 Pfg.
Friedrich Walge, Niederstr. 17

Mineral- u. Kurwässer
stets frische Füllung. **ADLER APOTHEKE**
mit Drogerie, NEUSS, Furtw. Straße 11.
Fernr. 5257. — Lieferant all. Krankenkassen.
Kostenl. Zust. n. all. Stadt, d. Lieferant.

Wildkanin
Zucht, frische, sehr mager für Obst- und Süßfrüchtegehalt geeignet. **Prof. Zell, Dreifaltigkeitsstr. 19**
Ede. Bergheimer Str.

Pelzwaren

Wiedereröffnung, Samstag, den 18. Februar

Geschäftsverlegung

von Neustrasse 11, nach **Neustrasse 9**

Ich bitte mich auch in den neuen Räumen das reichlich geschenkte Vertrauen zu bewahren.

Besicht. Sie bitte unverb. mein groß. Lager
echte Silberblau-, Kamschatkarot-, und Mongol-Füchse
und überzeugen Sie sich von deren Preiswürdigkeit.

Jos. Klefisch

Kürschnermeister

Täglich frisch selbstangefertigten
Heringsalat
Krabbensalat
Matjessalat
Fleischsalat
Kartoffelsalat

Elise Schnitzler
Joh. H. Hoffmann
Telef. 4203
Büchel 40-42

Das feierliche Jahresgedächtnisamt
für meinen unvergesslichen Gatten,
unsere lieben Vater

Herrn Dr. Herm. Pape

findet am Samstag, dem 18. Februar, vormittags 8½ Uhr in der St. Elisabethkirche, Düsseldorf, Gerresheimer Straße, statt.

Frau Lize Pape u. Kinder.

Bekanntmachung!

Der Kartellvertrag ist im vorausgehenden Jahre mehrfach neu festgelegt worden. Da eine weitere Ausbreitung dieser gefährlichen Kartellverträge den ganzen Kartellbau gefährden könnte, muß sie, wie bisher, mit allen Mitteln bekämpft werden, nicht zuletzt auch deshalb, um die in der Vergangenheit schon erzielten Erfolge nicht wieder in Frage zu stellen.

Ich bringe die mehrfach veröffentlichte Polizeiverordnung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 27. August 1924 und 29. September 1928 und die im Hinblick auf diese Verordnung erlassene freiwillige Abmachung über die Befreiung der Kartellverträge im Lande der Gewerbetreibenden vom 20. Dezember 1930 erneut in Erinnerung. Besonders weise ich auf die Bestimmungen hin, wonach Zuwiderhandlungen gegen die vorgenannte Polizeiverordnung des Herrn Ministers mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe von 3. — bis 10.000 RM, oder mit einer dieser Strafen bedroht werden können.

Nach der freipostlichen Anordnung darf in den Exerzitien der Leiter, Beamte, Vorstände, Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge, sowie in anderen mit der Kartellverwaltung zusammenhängenden Angelegenheiten keine Beschränkungen der freien Meinungsäußerung eintreten.

Die Beschränkungen der freien Meinungsäußerung sind im Interesse der Kartellverwaltung zu vermeiden. Die Beschränkungen der freien Meinungsäußerung sind im Interesse der Kartellverwaltung zu vermeiden.

Den Beschränkungen der freien Meinungsäußerung sind im Interesse der Kartellverwaltung zu vermeiden. Die Beschränkungen der freien Meinungsäußerung sind im Interesse der Kartellverwaltung zu vermeiden.

Ein großer Posten

Anzug HOSEN

in allen Farben mit Umschlag

weit unter Preis

Serie I	Serie II	Serie III
295	395	490
Serie IV	Serie V	Serie VI
590	690	790

Das große Spezialhaus

HOSEN-KÖNIG

Neuss Büchel 53.

Geburtsadressen
von Neuss v. seitlicher
Geburtsadressen
Angabe die ver-
traulich behandelt
werden unter 20 an
an die Exp. d. Stg.

Ohne Anzahlung
Metallarbeiten,
Küchen,
Dachstuhl, etc.
einst. Kundenkreise,
Küche, etc.
Kleiner Wohnen oder
Monatshaus.

Stein,
Kapitelstraße 15.

RESIDENZ

NEUSS THEATER TEL. 4114

Tagesgespräch

bildet in dieser Woche das große Doppel-Tonfilmprogramm:

Hochzeitsreise zu dritt!

Ein großer Erfolg der neuesten Filmschöpfung. Ein Film voll Witz und Humor, bei dem die Besucher unter stürmischem Beifall die „Hochzeitsreise zu dritt“ begeistert mitmachen.

BRIGITTE HELM und OSKAR KARL-WEISS
sind die Hauptdarsteller und sorgen für Stimmung.

CONGORILLA

Der erste Tonfilm aus dem afrik. Urwald. Ein einzigartiges Erlebnis — Außerdem das gute BEIPROGRAMM —
Spielzeiten: Sonntags 3 Uhr, wochentags 5 Uhr.

Möbel

Betten
Bettwaren
Auslegematten
Patentrahmen
Chaiselongues
Sofas-Couchs
Sessel u. s. w.

Auf Wunsch Teilzahl.
Kasse-Preise
Kleine Raten!
Erben, Krämer,
Rheinstraße 3.

Wohnmaschinen
Jalousien, etc.
Jalousien, etc.
Jalousien, etc.

Süßnerfarm
zu verkaufen, 12 Morgen, eingetrag. 28 Hekt. 12 Morgen, eingetrag. 28 Hekt. 12 Morgen, eingetrag. 28 Hekt.

Kreteler,
Müllerei, etc.
Müllerei, etc.
Müllerei, etc.

Mayer
Oberstraße.

5. Klasse 40. Preussisch-Schlesische Staats-Lotterie.
Ohne Gewinn
Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste und zweite Nummer in den beiden Abteilungen I und II

7. Ziehungstag 15. Februar 1933
An der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

16. Ziehung zu 5000 M.	17. Ziehung zu 5000 M.	18. Ziehung zu 5000 M.
918 10265 28431 84731 134448 277132	918 10265 28431 84731 134448 277132	918 10265 28431 84731 134448 277132

Staatlicher Lotterien-Einnahmer
Meyer Neuss
Niederstr. 62 Fernruf 5123
Postcheck-Konto Köln 29566

APOLLO

DAS HAUS DER WELT-ATTRAKTIONEN
Düsseldorf — Tel. 15554/56

Großartiges Faschings-Programm

vom 16. bis 28. Februar!

Im Zeichen des Karnevals:
Alles steht Kopf — auch Sie!
in
Harold Lloyd
Filmvermisch
Das Tollste vom Tollen!
Jugendliche haben Zutritt!

Karnevals-Varieté! Buster West!

10 Deblars
Fährd-Revue
Könige der Luft
Tribolito & Milties
2 komische Herren

5. Februar
Fünf Artoni
Könige der Luft
Arth. Marslowski
v. Weid. Rundfunk

Im Wochenplan: 4. u. 6. Uhr
Sonntags: 2. u. 5. Uhr
Wochentags: 11 Uhr
Die erste Nachmittags-Vorstellung
immer bei ganz kleinen Preisen!

Freitag 8.30 Uhr
beginnt unser großer

Werbe-Verkauf

Es gelangen zum Verkauf große Mengen neuer und wenig getragener Wintermäntel, Anzüge für Herren und Burschen und geben diese zu Serienpreisen ab.

Serie I Serie II Serie III Serie IV
950 1450 1950 2450

Außerdem nehmen wir unterstehenden Guteisen in Zahlung

3 Gutscheine
Dieser Gutschein wird bei Kauf über 20 Mk. in Zahlung genommen.
Kein Weg, keine Entfernung darf Ihnen zu weit sein, um diese günstigen Vorteile voll auszunutzen.

Rieger's Garderobenhause
Düsseldorf,
Karlplatz 17

Mineral- u. Kurwässer

stets frische Füllung, liefert seit 70 Jahren
Stroße 1, Fernr. 5123. Lieferant der Kranken-
häuser und Sanatorien. Köstliche Zusat-
zung nach allen Stadien durch Lieferant.

Groß-Preissturz
Wohnmöbel, Mäntel,
Sofas, etc., etc.
Sofas, etc., etc.
Sofas, etc., etc.

Bauch-Anzüge
Neue Kleider flammend
billig! Der weisse
Berg lohnt sich!

Marder
Düsseldorf,
Mittelstraße 21,
Hofstraße-Verwaltung.

Postleuten
Hofen
neue u. wenig getragene, etc.
neue u. wenig getragene, etc.
neue u. wenig getragene, etc.

Leder

im Ausschnitt,
alles für die
Schuhe am
besten immer
bei:

Schreppelhof

Neuss Oberstr. 124